

Kommunales Integrationsunternehmen wird zum Erfolgsmodell

Sächsische Kleinstadt geht bei der Umgestaltung ihres Bauhofes unkonventionelle Wege



30 Mitarbeiter arbeiten in drei Geschäftsfeldern

„Bisher verfügte Sohland nur über einen einzigen Bauhof-Mitarbeiter, dem hin und wieder Ein-Euro-Jobber und andere Helfer, in seltenen Fällen externe Firmen zur Seite standen“, lüftet der Erste Mann im Rathaus von Reichenbach das Geheimnis des beobachteten Qualitätssprunges. „In Reichenbach haben wir für solche Aufgaben in den zurückliegenden drei Jahren ein kommunales Unternehmen mit spezialisierten Teams und moderner Technikausstattung aufgebaut.“

Dreißig Beschäftigte zählt die gemeinnützige Reichenbacher Integrations- und Servicegesellschaft mbH (RIS) mbH heute. In drei Geschäftsfeldern – kommunale Dienste, Hausmeisterservice und Reinigung – kümmern sie sich um die öffentliche Infrastruktur des 5.000-Einwohner-Städtchens und übernehmen darüber hinaus Serviceleistungen für private Auftraggeber.

Nicht nur in der Region wurde die im Juli 2011 gegründete Firma deshalb rasch wahrgenommen. Bundesweite Aufmerksamkeit erntete sie auch aufgrund einer weiteren Besonderheit, die sich bereits in ihrem Namen widerspiegelt: „Wir sind ein Integrationsunternehmen. 40 bis 50 Prozent der bei uns entstehenden Arbeitsplätze werden an Menschen mit Behinderungen vergeben“, unterstreicht Geschäftsführer Thomas Rublack.

„Ein solches Unternehmen hat es unter kommunaler Trägerschaft hierzulande bis zur Gründung der RIS noch nicht gegeben“, bescheinigt Kathrin Hartig vom Kommunalen Sozialverband Sachsen (KSV), der in Sachsen unter anderem die Aufgaben des

Vor vier Jahren organisierte die Kleinstadt Reichenbach in der Oberlausitz ihren kommunalen Dienstleistungsbetrieb von Grund auf neu. Seitdem haben 13 Menschen mit Behinderungen hier einen sozialversicherungspflichtigen Arbeitsvertrag erhalten. Das erste kommunale Integrationsunternehmen in Sachsen erntete viel Lob von Bürgern und Fördereinrichtungen vor Ort, wurde von der Rudolf-Freudenberg-Stiftung in Weinheim mit dem gleichnamigen Preis ausgezeichnet und vor Kurzem auch vom zuständigen Finanzamt als steuerbegünstigtes Integrationsunternehmen anerkannt. Damit beginnt ein neues Kapitel in der Erfolgsgeschichte.

„Ich muss Sie mal drücken!“, sagte die Pasantin, als sie Bürgermeister Andreas Böer im letzten Sommer auf der Straße traf – und setzte ihre Ankündigung prompt in die Tat um. Von Einwohnern so begrüßt zu werden, gehört selbst für den zum vierten Mal Wiedergewählten nicht gerade zu den alltäglichen Erfahrungen.

Als er sich verblüfft nach dem Grund für die Umarmung erkundigte, schilderte die Dame ihm Beobachtungen aus ihrem Heimatort Sohland am Rotstein, einem erst

Anfang 2014 nach Reichenbach eingemeindeten, sieben Kilometer langen Straßendorf. Dass hier bereits kurz nach dem Ende des Winters die Löcher im Asphalt beseitigt und Bachläufe sowie Straßengräben gesäubert worden waren, habe sie und manchen Nachbarn staunen lassen: „So wünschen wir uns das“, lobte die resolute Bürgerin. Dass Rabatten, Hecken und Rasenflächen auf öffentlichen Grundstücken sich stets gepflegt präsentierten, werte das Bild des von Touristen gern besuchten Mühlendorfes zusätzlich auf.

Integrationsamtes übernimmt und als eine der ersten Institutionen in die Entstehung des Reichenbacher Unternehmens involviert war.

Die Idee, gezielt Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderungen zu schaffen und zugleich größere Spielräume für die Erfüllung kommunaler Aufgaben zu eröffnen, entstand in der Kleinstadt „aus einer Fülle von Beobachtungen, Gesprächen und Denkanstößen“, wie Bürgermeister Böer es zusammenfasst.

So pflegt die Stadt eine traditionell gute Partnerschaft zu den Görlitzer Werkstätten, eine Behinderteneinrichtung, die eine Außenstelle in Reichenbach betreibt, wo deren Vereinsvorsitzender André Maywald zugleich gewählter Stadtrat ist. Als weiteren wichtigen Impulsgeber nennt der Rathauschef einen Fensterbaubetrieb im Ort, „der sich vor etwa acht Jahren erfolgreich als Integrationsunternehmen etablierte und auf diese Weise mehrere Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderungen geschaffen hat.“ Während des Firmenumbaus, den die Stadtverwaltung als Mittler und Unterstützer begleitete, „haben wir viel gelernt über die Chancen, die staatliche Förderung für Unternehmen wie Mitarbeiter eröffnet“, so Andreas Böer. Fortan ließ den gelernten Funktechniker, der seit vielen Jahren dem Vorstand der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz angehört, der Gedanke nicht mehr los: „Warum soll das, was privaten Firmen offenbar gut gelingt, nicht auch unter kommunaler Regie funktionieren?“

Modernisierung des Bauhofs als Chance für Neuanfang

In den Blick nahmen er, Maywald und einige Unterstützer dabei bereits Ende

2009 den städtischen Bauhof, „um den es damals nicht viel besser bestellt war als um den von Sohland vor der Eingemeindung“, wie Andreas Böer festhält. Fünf gewerbliche Beschäftigte und ein Hausmeister, ein alter Laster und ein noch älterer Multicar – das reichte häufig kaum, um die kommunalen Aufgaben in Reichenbach erfüllen zu können. „Obwohl wir viele Tätigkeiten wie etwa die komplette Gebäudereinigung, den Winterdienst oder große Teile der Grasmahd fremdvergeben hatten, liefen wir mit unserem kleinen Eingreiftrupp den Aufgaben zu oft hinterher.“

Dass die Umwandlung des Bauhofes in einen Integrationsbetrieb hier neue Kräfte freisetzen könnte, war zunächst nur eine leise Hoffnung, „die allerdings von kundiger Seite genährt wurde“, wie Böer erfreut registrierte. „Viele Fachleute, von der Sozialdezernentin des Landkreises Görlitz über den Integrationsfachdienst bis hin zum KSV, ermutigten uns, diese Idee in die Tat umzusetzen.“ Der Austausch mit den Experten trug dazu bei, dass die Stadt Reichenbach wenig später drei neu entstandene Minijobs für Hausmeistertätigkeiten im Bauhof an Bewerber mit Handicap vergab. Ein erster Schritt.

Behindertenwerkstatt als Partner

Die Chancen und Risiken einer kompletten Neuorganisation des städtischen Dienstleistungsbereiches abzuschätzen, wurde Anfang 2010 zur Aufgabe für Anne Spitzer. Die erste Überraschung für die damalige Assistentin der Geschäftsführung der Görlitzer Werkstätten: „In ganz Deutschland war kein kommunales Integrationsunternehmen zu finden, an dem wir uns hätten orientieren können.“

In den folgenden Wochen entwickelte die Betriebswirtin das wirtschaftliche Konzept für ein Gemeinschaftsunternehmen der Stadt Reichenbach (als Mehrheitsgesellschafterin) mit den Görlitzer Werkstätten. „Unser Verein versprach sich von der Zusammenarbeit einerseits bessere Chancen für seine behinderten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, um neue Tätigkeitsfelder kennenlernen und leichter in den ersten Arbeitsmarkt wechseln zu können“, beschreibt sie die Motivation des Juniorpartners in spe. „Andererseits konnten wir unsere Erfahrungen im Umgang mit behinderten Menschen, von der Arbeitsplatzgestaltung bis hin zur Sozialberatung, einbringen.“

Bei ihren Planungen orientierte sich Spitzer „an Fakten, nicht an Wünschen“, wie sie unterstreicht, „ein Luftschloss hätten sich alle Beteiligten nicht leisten können.“ Das realistisch erwartbare Auftragsvolumen vonseiten der Stadt, einschließlich einiger bisher fremd vergebener Leistungen, gehörte dabei zu den zentralen Koordinaten ihrer Kalkulation – „als verlässliche Existenzgrundlage, aber auch als zu erfüllendes Leistungspensum“, wie sie betont. In ihrem Entwurf, der wenig später dem Stadtrat zur Diskussion vorgestellt wurde, empfahl sie die Gründung einer gemeinnützigen GmbH mit zwölf Beschäftigten. Das bereits neunköpfige Bauhof-Team sollte nochmals um drei Stellen erweitert werden, von denen mindestens eine für Menschen mit Handicap bestimmt war. Zusammen mit den drei kurz zuvor eingestellten Hausmeistern erfüllte der kommunale Betrieb somit von Beginn an die im Sozialgesetzbuch IX für Integrationsunternehmen festgeschriebene Mindestquote an schwerbehinderten Arbeitnehmern in Höhe von 2,5 Prozent.



v. l. n. r.: Andreas Schneider (Prokurist RIS GmbH), Thomas Rublack (Geschäftsführer RIS GmbH), Andreas Böer (Bürgermeister von Reichenbach/Oberlausitz).

13 Stellen für Menschen mit Behinderungen geschaffen

Durch den Personalzuwachs und staatlich geförderte Investitionen für die technische Ausstattung der Behindertenarbeitsplätze könne Reichenbach „kommunale Dienstleistungen verstärkt aus eigener Hand anbieten“, argumentierte die Betriebswirtin. Nach etwa drei Jahren, so ihre Prognose, könne die Verlustzone verlassen und eine Kostendeckung erreicht werden.

Einschätzungen, die sich „als sehr bodenständig erwiesen“, wie Mitinitiator Böer rückblickend bescheinigt. Dass die Firma nach nur drei Jahren bereits 30 Mitarbeiter zählen würde, habe sich nach seinen Worten „bei der Gründung im Juli 2011 niemand vorstellen können“. 13 der Arbeitsplätze sind heute durch Menschen mit Behinderungen besetzt. „Eine Quote von 40 Prozent, die wir im Herbst 2011 erstmals erreicht und in der folgenden Wachstumsphase nie unterschritten haben“, wie Andreas Schneider betont.

Steuerliche Unwägbarkeiten

Damit erfüllte die RIS eine entscheidende formale Voraussetzung, um auch steuerrechtlich als Zweckbetrieb eines Integrationsunternehmens anerkannt zu werden. Doch diese Anerkennung selbst ist alles andere als ein Automatismus. „Vom Finanzamt erhielten wir Ende 2011 zunächst die vorläufige Einstufung als Zweckbetrieb im Sinne der Paragraphen 51 ff. der Abgabenordnung“, erklärt der Prokurist die komplizierte Sachlage. Von der Körperschaftsteuer und der Gewerbesteuer war die gemeinnützige GmbH damit befreit. Die Entscheidung darüber, ob sie wie etwa Werkstätten für behinderte Menschen mit

einem ermäßigten Mehrwertsteuersatz von sieben (statt 19) Prozent kalkulieren darf, blieb dagegen weiterhin offen.

Was den kommunalen Integrationsbetrieb in den zurückliegenden Jahren nicht daran hinderte, mehrere neue, teils unerwartete Geschäftsfelder zu erobern. So betreibt sie seit 2012 erfolgreich das städtische Freibad. „Andere Leistungen, vor allem im Winterdienst, bei der Gebäudereinigung oder in der Grünlandpflege, werden immer häufiger von Firmen und anderen Kommunen in der Region nachgefragt“, setzt Schneider die Aufzählung fort. Über zwanzig Prozent der Aufträge kämen bereits von privater Hand. „Nicht zuletzt, seitdem wir zu Jahresbeginn in den Markt für Kleinkläranlagen eingestiegen sind“, so Schneider, der seit der Gründung der RIS das Tagesgeschäft organisiert.

Unkonventionelles Modell mit Wirtschaftsförderungspotenzial

In diesem Fall entpuppte sich das Integrationsunternehmen sogar als Wirtschaftsförderer. „Ein Tiefbauer, der seit über zehn Jahren mit der Errichtung und Wartung von Kleinkläranlagen erfolgreich war, aber inzwischen das Rentenalter erreicht hatte, suchte seit Langem vergeblich einen Nachfolger für seinen kleinen Betrieb“, blickt RIS-Geschäftsführer Thomas Rublack ein Jahr zurück. „Wir haben mit ihm binnen weniger Wochen eine Übernahmevereinbarung getroffen, seinen umfangreichen Kundenstamm und die beiden erfahrenen Mitarbeiter übernommen und für die RIS damit ein zukunftsträchtiges Betätigungsfeld erschlossen.“

Bei dieser Erweiterung war neben der Arbeitsagentur und dem Jobcenter auch der

Kommunale Sozialverband als Berater wie schon beim Gründungsprozess der RIS beteiligt. Denn mit der Übernahme der beiden Stammkräfte des Tiefbaubetriebes sollte zugleich ein weiterer Arbeitsplatz für einen behinderten Mitarbeiter geschaffen werden.

Fördermittel eröffnen neue Investitionsspielräume

„Der Staat unterstützt die Integration schwerbehinderter Menschen in den Arbeitsmarkt sowohl durch investive als auch durch personelle Förderung“, erläutert Kathrin Hartig vom KSV Sachsen. So werde die Neueinrichtung von Arbeitsplätzen für behinderte Menschen mit bis zu 70 Prozent bezuschusst. „Pro Arbeitsplatz können wir maximal 30.000 Euro bereitstellen“, verweist die Beraterin auf eine noch zu wenig bekannte Regelung. „Integrationsunternehmen erhalten darüber hinaus pauschal 200, in bestimmten Fällen sogar 250 Euro pro schwerbehindertem Mitarbeiter und Monat als Gegenleistung für ihren besonderen Aufwand bei der Betreuung“, zählt sie weitere Unterstützungsbeispiele auf: „Außerdem können Firmen bei außergewöhnlichen Belastungen, beispielsweise aufgrund dauerhaft vermindelter Leistungsfähigkeit von schwerbehinderten Arbeitnehmern, einen Ausgleich in Form monatlicher Zuschüsse zum Bruttoarbeitslohn erhalten.“

Finanziert werden diese Zahlungen, über deren Höhe jeweils im Einzelfall entschieden wird, aus der Ausgleichsabgabe, die Firmen in Deutschland zahlen müssen, wenn sie die vom Gesetzgeber vorgeschriebene Zahl von Pflichtarbeitsplätzen für behinderte Menschen unterschreiten.

„Die Investitionsförderung hat uns geholfen, die technische Ausstattung im Un-

ternehmen auf einen zeitgemäßen Stand zu bringen“, resümiert Andreas Schneider. Die beiden alten Fahrzeuge des einstigen Bauhofes sind inzwischen verkauft. „Dafür haben wir zwei neue LKW angeschafft – mit Winterdienstausrüstung“, freut sich der diplomierte Haustechnik-Ingenieur. Von der Grasmahdtechnik, die die Stadt ihrem Tochterunternehmen als Mitgift überlassen hat, ist noch ein Rasentraktor in Betrieb. „Den Rest haben wir durch moderne Multifunktionsmaschinen verschiedener Größen ersetzt, die wir im Sommer für die Mahd, im Winter zum Schneeräumen und bei Bedarf auch für weitere Aufgaben einsetzen können“, erklärt der Prokurist, der sein Büro im früheren E-Werk der Stadt hat. Das mehr als hundertjährige Backsteingebäude mit dem dahinterliegenden, heute als Garagen genutzten Techniktrakt dient der RIS seit ihrer Gründung als Firmensitz. Die Liste der Investitionen reicht weiter über den Firmen-PKW und die Indoor-Kehrmaschine für die städtische Sporthalle bis hin zu dem Reinigungswagen, den zum Beispiel Sandra Scholte für ihre Arbeit in der Grundschule braucht.

Miteinander reden – auch ohne Worte

Die 28-Jährige besaß, nachdem sie 2004 ihre Ausbildung zur Beiköchin abgeschlossen hatte, lediglich zwei Jahre lang einen sozialversicherungspflichtigen Arbeitsvertrag – in einem Görlitzer Restaurant. Danach wechselten sich Zeiten der Arbeitslosigkeit mit einem Ein-Euro-Job in einer Schneiderei ab, wie sie mit Kreide an der Schultafel dokumentiert. Denn sprechen kann die aufgeschlossene junge Frau über ihre berufliche Entwicklung nicht: Sie ist taubstumm.

Als sie im August 2011 das Angebot erhielt, als Reinigungskraft bei der RIS mbH anzufangen, ergriff sie die Chance. Auch wenn der Vertrag nur 25 Wochenstunden umfasste: er war ihr Wiedereinstieg in den ersten Arbeitsmarkt. Doch die Freude darüber war nicht lange ungetrübt. Sandra Scholte fühlte sich nicht besonders wohl bei der Arbeit, wie sie Andreas Schneider nach wenigen Wochen gestand. Weil weder Kollegen noch Kunden die Gebärdensprache verstanden, beschränkte sich die tagtägliche Kommunikation zwangsläufig auf das „Notwendigste“, so die RIS-Mitarbeiterin. Sie fühlte sich einsam bei ihrer Tätigkeit, abgekapselt. Dabei war ihr Wunsch, unter Menschen zu sein, für sie eine wesentliche Motivation bei der Arbeitssuche gewesen.

Ihre Vorgesetzten nahmen die Schilderungen ernst. „Zu wichtigen Terminen wie zum Beispiel Personalgesprächen oder Belegschaftsversammlungen können wir auf Gebärdendolmetscher, die das Integrationsamt zur Verfügung stellt, zurückgreifen. Mit ihren Übersetzungen sorgen sie dafür, dass die taubstummen Mitarbeiter dabei uneingeschränkt zu Wort kommen und alles verstehen können“, erklärt Andreas Schneider. Doch wie konnten die Kommunikationsbarrieren im Alltag überwunden werden?

Individuelle Lösungen im Alltag gefragt

Eine Lösung fanden die Reichenbacher einmal mehr in enger Zusammenarbeit mit beratenden Einrichtungen wie dem Integrationsfachdienst. „Sobald es uns die Auftragslage gestattete, stellten wir eine weitere taubstumme Mitarbeiterin ein“, beschreibt Schneider den Weg. Mit Kata-

zyna Ludwig bildet Sandra Scholte seitdem ein Team. Weil die gebürtige Polin, die seit Jahrzehnten in Deutschland lebt, zudem Sprache von den Lippen ablesen kann, ist auch für Sandra Scholte die Kluft zur Welt der Sprechenden und Hörenden um einiges kleiner geworden.

Dass es in den drei Jahren seit Gründung der RIS nur eine einzige Kündigung gab, wertet Bürgermeister Böer auch als Erfolg des sozialen Miteinanders im Betrieb. „Eine Gesellschaft kann nur mit Starken und Schwachen funktionieren“, zeigt sich der 65-Jährige überzeugt, „und unsere Erfahrung ist: wenn alle ein Stück aufeinander zugehen, lassen sich aufkommende Probleme fast immer konstruktiv lösen.“

So auch bei Sarah T. Sie arbeitet seit 2012 bei dem Reichenbacher Integrationsunternehmen. In der Grundschule der Stadt hilft sie unter anderem mit, die Essensausgabe für etwa 150 Kinder vorzubereiten, die Mahlzeiten auszuteilen und hinterher das Geschirr zu reinigen. Die 27-Jährige leidet unter einer Lernbehinderung, die sich unter anderem darin äußert, dass ihr „das Zeitgefühl leicht abhanden kommt“, wie sie selbst sagt. – „Sie arbeitete überaus gründlich, aber brauchte oft das Mehrfache der veranschlagten Zeit“, so Andreas Schneider.

In Gesprächen mit Sarah T. und ihrer Teamkollegin wurde daraufhin ein Hilfsmittel entwickelt, das nun neben dem großen Spülbecken liegt, an dem die junge Frau gerade arbeitet: Eine Liste, auf der sämtliche Tätigkeiten in überschaubare Schritte untergliedert und mit einer Zeitangabe versehen sind. Eine neue große Uhr an der Wand zeigt ihr, ob sie im Plan liegt oder nicht. „Das klappt“, freut sie sich über die sich einstellenden Erfolgserlebnisse.

Staatliche Hilfen gleichen Nachteile aus

„Die Arbeit mit behinderten Menschen verlangt sehr oft eine intensivere, persönliche Betreuung“, bestätigt Kathrin Hartig vom Kommunalen Sozialverband. Unterstützende Leistungen des Staates wie die Abgeltung des besonderen Aufwandes sollen Integrationsunternehmen helfen, die dafür notwendigen Freiräume zu schaffen. „Die staatliche Förderung gleicht objektiv existierende Nachteile aus“, räumt die Beraterin mit Vorurteilen über vermeintlich wettbewerbsverzerrende Geldsegnungen auf, „nicht mehr, aber auch nicht weniger.“ Das gelte ebenso für den Minderleistungsausgleich, dessen Höhe nach einer Prüfung jedes Einzelfalles individuell festgelegt werde und der sich „auf bis zu 50 Prozent des Arbeitnehmerbruttos“ belaufen könne.

Die RIS erhält nach Aussage von Andreas Schneider bislang nur für wenige ihrer schwerbehinderten Mitarbeiter einen Minderleistungsausgleich. „Weil fast alle unserer neuen Beschäftigten zuvor arbeitslos waren, fördern Jobcenter beziehungsweise Arbeitsagentur ihre Einstellung mit einem Eingliederungszuschuss“, erklärt der Prokurist. Diese Unterstützung, die im Übrigen jedes Unternehmen gegebenenfalls in Anspruch nehmen könne und für schwerbehinderte Mitarbeiter maximal 70 Prozent betrage, schließe eine gleichzeitige Gewährung eines Minderleistungsausgleiches aus.

Offene Kommunikation im Stadtrat

Anfängliche Befürchtungen regionaler Unternehmen, die neue kommunale Tochterfirma werde mit Dumpingpreisen in den

Markt drängen, sind inzwischen ebenso verstummt wie die Sorgen mehrerer Stadträte, Reichenbach könnte sich in ein wirtschaftliches Abenteuer mit unabsehbaren wirtschaftlichen Folgen stürzen.

Dass die teilweise widerstreitenden Ängste nie Gefahr liefen, sich im Kommunalparlament zu einer Blockade auszuwachsen, ist vor allem das Ergebnis einer frühzeitigen und offenen Kommunikation. So wurde das Firmenkonzept schon Anfang 2010, also anderthalb Jahre vor der geplanten Gründung, in seiner Urfassung dem Stadtrat präsentiert. „Die Ausgewogenheit zwischen wirtschaftlicher Solidität und sozialer Verantwortung, die die RIS heute auszeichnet, ist zum großen Teil das Ergebnis der offen geführten Debatte“, bescheinigt Bürgermeister Andreas Böer, der in der Startphase die Firma als Geschäftsführer leitete. Dass er diese Aufgabe Anfang 2014 an Thomas Rublack abgab, war nicht nur der zunehmenden Größe und Leistungsfähigkeit des Unternehmens geschuldet. „Der Schritt sollte auch formal deutlich machen, dass es sich bei der RIS eben nicht um einen verkappten Bauhof handelt.“

Soziale Verantwortung als Teil der Firmenphilosophie

„Wir zahlten vom ersten Tage an Löhne und Gehälter entsprechend dem Tarifvertrag der sächsischen Wohlfahrts- und Gesundheitsdienste“, umreißt Böer entscheidende Grundsätze der Firmenpolitik. Die langjährigen Mitarbeiter des Bauhofes erhielten vor ihrem Wechsel in das Integrationsunternehmen die Garantie der Stadt, keine Einbußen gegenüber dem bisher für sie geltenden öffentlichen Tarif hinnehmen zu müssen. „80 Prozent

aller unserer heutigen Mitarbeiter haben unbefristete Arbeitsverträge“, ergänzt sein Nachfolger „die große Mehrzahl von ihnen arbeitet 30 bis 35 Stunden pro Woche oder Vollzeit.“

Soziale Verantwortung gehe für die RIS dabei durchaus „über das allgemein Übliche hinaus“, wie Kathrin Hartig vom KSV bescheinigt. So habe das Unternehmen kürzlich einen schwerbehinderten jungen Mann aus einer unterstützten Beschäftigung heraus eingestellt, obwohl die Voraussetzungen für eine Förderung des unabdingbaren LKW-Führerscheins durch die Arbeitsagentur nicht erfüllt waren. „Die RIS übernahm diesen 50-prozentigen Anteil der Kosten kurzerhand selbst, um ihren neuen Mitarbeiter zusätzlich zu motivieren“, staunt die Beraterin des Integrationsamtes: „So etwas haben wir bisher noch nicht erlebt!“

Verbesserte Leistungen überzeugen

„Die RIS spart der Stadt unterm Strich bislang keinen Euro“, zieht Rathauschef Böer denn auch ehrlich Bilanz. Durch die zugesicherten Ausgleichszahlungen für fünf ehemalige Bauhofmitarbeiter müsse die Kommune im Gegenteil auf absehbare Zeit regelmäßige Zuschüsse leisten. „Doch das sind fest planbare, monatliche Überweisungen“, relativiert er. „Dafür haben wir als Stadt die operative Abwicklung der kommunalen Dienstleistungen in professionelle Hände gelegt, haben zusätzliche sozialversicherungspflichtige Stellen geschaffen – und erhalten für das Geld der Bürger qualitativ bessere und flexiblere Leistungen.“

Als Beispiel nennt er die Pflege der Straßenbankette. „Landwirte, die wir früher

mit der Mahd beauftragt hatten, standen regelmäßig vor dem Konflikt, dass Büsche und Gräser dann am stärksten wachsen, wenn auch auf ihren Feldern die meiste Arbeit wartet. Heute mähen wir, wenn es notwendig ist. Und wir pflegen die städtischen Rabatten drei- bis viermal im Jahr, wo früher einmal reichen musste.“

Das fällt auf – und beeinflusst die öffentliche Diskussion positiv. Selbst viele frühere Auftragnehmer der Stadt, die Leistungen an die RIS abgeben mussten, erkennen heute an, dass der neue Wettbewerber „vor allem über die Qualität punktet und eben nicht über den Preis“, wie Thomas Rublack beobachtet. „Und sie sehen, dass wir im Wettbewerb keineswegs Platz eins abonniert haben, sondern ebenfalls hart kalkulieren müssen, um in Ausschreibungen die Nase vorn zu haben.“

Trotz der für jeden sichtbaren Erfolge reiften noch längst nicht alle Blümenträume, die die Gesellschafter bei der Gründung hegten. „So ist es leider noch nicht gelungen, einen unserer behinderten Mitarbeiter dauerhaft an die RIS zu vermitteln“, bedauert Anne Spitzer, die inzwischen Geschäftsführerin der Görlitzer Werkstätten ist. Dafür seien mehrere attraktive Außenarbeitsplätze für Werkstattbeschäftigte entstanden, zum Beispiel im Freibad, so Spitzer: „Nach dem Ende der Badesaison haben sich die RIS-Beschäftigten und unsere Mitarbeiter so herzlich voneinander verabschiedet, dass kein Zweifel besteht, dass dieses Team eine Zukunft haben wird.“

Der größte Unsicherheitsfaktor für die weitere Entwicklung der RIS aber lag in der noch ausstehenden Entscheidung des Finanzamtes über eine Begünstigung bei der Mehrwertsteuer.

ABSTRACT

Die gemeinnützige Reichenbacher Integrations- und Servicegesellschaft mbH (RIS) ist eines der ersten kommunalen Integrationsunternehmen in Deutschland. Von der Stadt Reichenbach (Oberlausitz) als Mehrheitsgesellschafterin sowie den Görlitzer Werkstätten, einer Behindertenwerkstatt, im Juli 2011 gegründet, entwickelte sich die Firma mit einer auch für die Initiatoren überraschenden Dynamik. Entstanden aus dem ehemaligen städtischen Bauhof mit ursprünglich sechs Beschäftigten, zählt sie heute 30 Mitarbeiter, darunter 13 mit Schwerbehinderung. Dank der deutlich erweiterten Personalstärke, der organisatorischen Neuausrichtung sowie den staatliche Hilfen für die Integration schwerbehinderter Menschen kann die 5.000 Einwohner zählende Kleinstadt kommunale Dienstleistungen heute in größerem Umfang und besserer Qualität anbieten als je zuvor. Das Unternehmen erschloss neue Märkte wie zum Beispiel den Bau und die Wartung von Kleinkläranlagen. Die Anerkennung des Finanzamtes als steuerbegünstigtes Integrationsunternehmen liegt nach einer Phase der Ungewissheit inzwischen vor.

ANSPRECHPARTNER/-IN IN DER G.I.B.

Gustav Bölke
 Tel.: 02041 767-212
 g.boelke@gib.nrw.de
Ulla Böcker
 Tel.: 02041 767-203
 u.boecker@gib.nrw.de

KONTAKT

gemeinnützige Reichenbacher
 Integrations- und Servicegesellschaft mbH
 Gersdorfer Str. 5
 02894 Reichenbach
Andreas Schneider
 Tel.: 35828 798538
 info@ris-mbh.de

AUTOR

Frank Pollack
 Tel.: 0345 5201666
 mail@frank-pollack.de

7 oder 19 Prozent Mehrwertsteuer?

Weil die Reichenbacher überzeugt waren, alle dafür notwendigen Voraussetzungen zu erfüllen, verschickten sie seit drei Jahren Angebote und Rechnungen mit lediglich sieben statt 19 Prozent Mehrwertsteuer. „Wir gaben diesen Vorteil guten Gewissens an unsere Kunden weiter und vertrauten auf Gleichbehandlung und Rechtsstaatlichkeit“, zeigt sich Thomas Rublack wie sein Vorgänger optimistisch, als gemeinnütziges Integrationsunternehmen auch eine Anerkennung nach § 12 Abs. 2 UStG zu erhalten und den Kunden eine reduzierte Umsatzsteuer in Rechnung stellen zu können.

Um die Existenz der RIS im Falle eines Negativbescheids dennoch nicht zu gefährden, bildeten die Verantwortlichen in den zurückliegenden Jahren Rückstellungen. „Diese summierten sich auf einen fast sechsstelligen Betrag und verhinderten seit 2012 ausgeglichene Ergebnisse“, konstatiert der Geschäftsführer.

Für 2015 kann er auch diese Bremsen endgültig lösen. Denn nach einer Betriebsprüfung des Finanzamtes im Januar wurde der RIS mbH im Vorabbericht des Prüfers die uneingeschränkte Anerkennung als steuerbegünstigtes Integrationsunternehmen rückwirkend ab November 2011 attestiert.